

Nordkorea und Menschenrechte – Flucht als letzte Überlebungschance?

Irina MAIER
Universität Bonn

Seit Mitte der 90er Jahre wird die Anzahl der Flüchtlinge im chinesischen Grenzgebiet zwischen Nordkorea und China auf bis zu 300.000¹ geschätzt. Trotz der drohenden Gefahr einer Verfolgung durch den nordkoreanischen Staat, mehrjähriger Haftstrafen, Einweisungen in Arbeitslager sowie Hinrichtungen, werden wöchentlich Hunderte von Flüchtlingen durch chinesische Behörden nach Nordkorea zurückgeführt.

Um die Ursachen einer solchen Massenbewegung besser zu verstehen, ist es in erster Linie notwendig, auf die Entwicklung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des Landes einzugehen. Seit Mitte der 1980er Jahre wurde die nordkoreanische Volkswirtschaft mit einer Reihe von veränderten Bedingungen konfrontiert. Die Sowjetunion verlangte Devisen für ihre Exportgüter, die Nordkorea nicht liefern konnte. Dadurch brachen die Außenhandelsbeziehungen förmlich zusammen (mit Ausnahme jener zur VR China), wovon der Import von Erdöl, Maschinen, Technologie und Lebensmitteln stark betroffen war. Der nordkoreanische Energieimport ging seit 1990 auf etwa ein Viertel zurück, und der Import von Brennstoffen aus Russland sank um 94 Prozent. Der Energiemangel wirkte sich nicht nur auf die Schwerindustrie aus, sondern gleichwohl auf Bewässerung, Transportwesen und die Lebensbedingungen der Menschen.

Im Jahre 1994 folgte mit dem Tod des Gründers und der ideologischen Leitfigur des Landes, Kim Il Sung, ein weiterer Schock,

¹ Die Bestimmung einer verlässlichen Zahl der Flüchtlinge bleibt problematisch. Die meisten fliehen in die autonome koreanische Präfektur Yanbian, wo etwa 854.000 ethnische Koreaner mit chinesischer Staatsangehörigkeit leben. Da China sich weigert offizielle Daten zu veröffentlichen, beruft man sich auf die Daten der Hilfsorganisationen an der chinesischen Grenze bzw. Interviews mit den Betroffenen. Die Schätzungen variieren dabei zwischen 20.000 und 300.000. Mehr dazu in Joel Charny (2005): “Acts of Betrayal: The Challenge of Protecting North Korean Refugees in China”.

der die Regierbarkeit des Landes stark beeinflusste. Die Situation verschlimmerte sich durch eine Reihe von Naturkatastrophen, die zu einer besonders schweren Nahrungsmittelknappheit führten. Die Misswirtschaft der Regierung sowie die ständig wiederkehrenden Naturkatastrophen, einhergehend mit der landesweiten Hungersnot kosteten etwa 2 Millionen² Menschen das Leben. Für die betroffene Bevölkerung gab es nur wenige Möglichkeiten oder Strategien gegen den Hunger. Frauen ergriffen Maßnahmen um eine Schwangerschaft zu vermeiden oder trieben ab, manche Eltern gaben ihre Kinder weg oder verkauften ihre Töchter an Menschenhändler. Doch manche Familien begingen aus purer Verzweiflung Selbstmord. Auf der Suche nach Nahrungsmitteln bewegten sich unzählig viele Menschen durch das ganze Land.

Angesichts einer solchen humanitären Lage war das eigene Überleben einer der wichtigsten Beweggründe für die Flucht nach China. Seit Mitte der 90er Jahre überqueren bis zu 300 Nordkoreaner wöchentlich die chinesische Grenze. Trotz der harten Strafen bildeten neben dem Hunger Arbeitslosigkeit, der Tod von Familienangehörigen und Gesundheitsprobleme die treibende Kraft dieser Not zu entfliehen.

Trotz der wachsenden Flüchtlingszahlen reagierte die UN-Menschenrechtskommission relativ spät, verabschiedete jedoch 2003 auf Drängen der EU eine Resolution zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea. Außer einer stärkeren Sensibilisierung der Öffentlichkeit zeitigte die Resolution so gut wie keine Erfolge. Die nordkoreanische Regierung weigerte sich zu kooperieren und verweigerte seit 2004 den UN-Sonderberichterstattern, die die Menschenrechtssituation im Land untersuchen sollten, den Zugang ins Land.

Welche Perspektiven bleiben nun einem Menschen, der es trotz der drohenden Gefahren geschafft hat, die Grenze zu überqueren? In China hat ein nordkoreanischer Flüchtling den Status eines „Wirtschaftsflüchtlings“, der seine Heimat freiwillig aus ökonomischen Erwägungen in der Hoffnung auf eine Verbesserung seiner

² Schätzungen bezüglich der Sterblichkeitsrate während der Hungersnot ergaben sich aus den Beschreibungen der Flüchtlinge, die von Forschern und Hilfsorganisationen erfasst und rekonstruiert wurden. Der USAID Beauftragte Natsios (2001) spricht von 15 Prozent der Bevölkerung, Haggard und Noland (2007) verweisen jedoch auf die problematische Erfassung verlässlicher Zahlen und gehen anschließend von 600.000 bis 1 Million Toten (3–5 Prozent) aus.

Lebenssituation verlassen hat. Das heißt, er hält sich illegal im Lande auf, hat kein Recht auf Asyl und kann mit sofortiger Wirkung aus dem Land ausgewiesen werden. Die Genfer Konvention von 1951 zur Rechtsstellung der Flüchtlinge, die auch China unterzeichnet hat, erwähnt den Schutz der Flüchtlinge vor staatlicher Verfolgung aufgrund von Rasse, Religion, Nationalität und politischer Meinung, bietet jedoch einen breiten Interpretationsspielraum zur Definition des rechtlichen Status im Falle nordkoreanischer Einwanderer. Trotz internationaler Übereinstimmung infolge der UN-Resolution von 2003, den nordkoreanischen Flüchtlingen den Rechtsstatus Asylbewerber zuerkennen, beharrt China auf seiner Interpretation, sie seien „Wirtschaftsflüchtlinge“.

Einem gewöhnlichen Menschen stehen nur begrenzte Perspektiven zur Auswahl. Nach der Überquerung der Grenze flüchten viele in die Kriminalität, vor allem Männer brechen in Wohnhäuser nahe dem Grenzgebiet ein, um das Ergatterte zurück nach Hause mitzunehmen. Durch die Aussichtslosigkeit ihrer Lage und durch die Verzweiflung, in der sie sich befinden, sind Mord und Totschlag nicht auszuschließen. Im nördlichen Teil des Grenzgebietes leben etwa ein bis zwei Millionen ethnische Koreaner, was den Nordkoreanern die Möglichkeit bietet, relativ leicht unterzutauchen. Einige bekommen Unterstützung von Hilfsorganisationen oder aus Teilen der koreanischen Bevölkerung in China. Doch die tagtägliche Angst, von chinesischen Behörden festgenommen und nach Nordkorea deportiert zu werden, verfolgt jeden einzelnen nordkoreanischen Bürger. Nur wenigen gelingt es über Botschaften oder Drittstaaten, das Land zu verlassen und in seltenen Fällen Südkorea zu erreichen. Die meisten bleiben in China. Männer betätigen sich hauptsächlich landwirtschaftlich in weit entfernten ländlichen Gebieten. Einige von ihnen kehren nach Nordkorea zurück, wenn es ihnen gelungen ist, etwas zur materiellen Unterstützung zu erwerben. Im Vergleich zu den Männern haben Frauen „bessere“ Aussichten in China (die Relation zu Männern liegt bei 14 zu 1). Menschenhändler vermitteln Beziehungen mit chinesischen Männern, die die koreanischen Frauen zum Teil jedoch misshandeln, aber andererseits stellt diese Art der Fluchtmöglichkeit für die meisten die einzige Überlebenschance dar. Die überwiegende Mehrheit ist dem Schicksal der Prostitution ausgesetzt. Kinder gehen monatelang nicht aus dem Haus und auch nicht in eine Schule, um nicht entdeckt zu werden. Die ständige Trennung von den Eltern oder das Betteln auf den Märkten, das mit der Gefahr einer sofortigen Ver-

haftung verbunden ist, bleiben die Norm im Alltag der jungen nordkoreanischen Flüchtlinge.

Die Reaktionen und Positionen der internationalen Gemeinschaft auf die Menschenrechtslage in Nordkorea sowie die Situation der Flüchtlinge weisen vor dem Hintergrund jeweiliger Staatsinteressen einige Unterschiede auf. Die Außenpolitik Südkoreas, Chinas und der USA im Hinblick auf Nordkorea nehmen eine zentrale Rolle in der Untersuchung der Auswirkungen auf die nordkoreanische Menschenrechtssituation ein.

Das südkoreanische Vereinigungsministerium äußerte sich 2003 ausdrücklich gegen jede Förderung einer Massenflucht, die eine Destabilisierung Nordkoreas zur Folge haben könnte. Während der Sonnenscheinpolitik (seit 1998) des südkoreanischen Präsidenten Kim Dae Jung geriet die Aufmerksamkeit, die man seit Anfang der 1990er Jahre der Situation der Menschenrechte in Nordkorea widmete, stark in den Hintergrund südkoreanischer Nordkoreapolitik. Man argumentierte, dass eine direkte Stellungnahme zu Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea sich nachteilig auf den Aussöhnungsprozess der beiden Länder sowie auf die Resolution des Atomwaffenprogramms auswirke. Außerdem hätten humanitäre Hilfe und die Versorgung des Landes mit Hilfsgütern eine höhere Priorität, die nur mit dem Aufbau freundschaftlicher Beziehungen umsetzbar sei. Die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der VR China, lässt der südkoreanischen Regierung begrenzte Möglichkeiten die Flüchtlingspolitik zu beeinflussen.

Was China anbetrifft, hängt die konsequente Verweigerung des Flüchtlingsstatus für die Nordkoreaner mit politischen und ökonomischen Erwägungen zusammen. China ist nicht an einem Zusammenbruch Nordkoreas interessiert, der zu einer Destabilisierung und weiteren Massenfluchtbewegungen führen würde. Außerdem bildet Nordkorea eine Pufferzone, die großzügig mit Nahrung und Öl versorgt wird um direkten Kontakt mit den USA zu vermeiden. Solange sich ihre Zahl in Grenzen hält, erhalten Botschaftsflüchtlinge von der chinesischen Regierung eine Ausreiseerlaubnis in Drittstaaten. Dies passiert jedoch in den meisten Fällen auf Druck der Öffentlichkeit und der Medienpräsenz.

Bereits in den 70er Jahren, als die Menschenrechtspolitik stark in den Vordergrund der US-amerikanischen Außenpolitik trat, bezeichnete Washington die nordkoreanische Regierung als eines der

repressivsten Regime weltweit. Im Zentrum der US-Außenpolitik steht die Problematik der Massenvernichtungswaffen, was zu umfassenden Handelssanktionen geführt hat. 2004 verabschiedete der US-Kongress ein Gesetz zur Menschenrechtslage in Nordkorea, für das 24 Millionen Dollar an Hilfe vorgesehen waren und mit dem Bedenken der amerikanischen Regierung bezüglich der Menschenrechtsverletzungen innerhalb sowie außerhalb Nordkoreas zum Ausdruck gebracht werden sollten. Das Gesetz erwies sich als wirkungslos, da die erwähnten groß angelegten Hilfsprogramme China provozieren und somit zur Beendigung aller Hilfsaktivitäten entlang der Grenze führen würden. Gegenwärtig beschränken sich die USA im Bereich der Menschenrechtsfragen gegenüber Nordkorea auf eine stille Diplomatie unter Ausschluss der Öffentlichkeit und auf begrenzte und geheime Unterstützung von Hilfsorganisationen in China.

Aufgrund der Menschenrechtslage und der katastrophalen humanitären Situation in Nordkorea ist es notwendig, das Land stärker in die internationale Gemeinschaft zu integrieren. Dabei sollten der friedliche Annäherungsprozess und Vertrauensaufbau als wegweisendes Instrument der internationalen Politik dienen. Die deutlichen Erfolge der friedlichen Diplomatie zeigen bereits erste Früchte. Die USA haben Nordkorea kürzlich von der Liste der Terrorunterstützer gestrichen, da Nordkorea auf dem Wege der Verhandlungen sein Atomwaffenprogramm offenlegte. Allein mit Diplomatie lassen sich stabile Beziehungen und Vertrauen mit Nordkorea aufbauen, die die Menschenrechtspolitik auf eine weitere Stufe bringen werden. Dabei sollten vor allem die USA künftig ihre einflussreiche Position stärker für die Verbesserung Menschenrechtssituation einbringen.

Literatur

- Charny, Joel (2005): *Acts of Betrayal: The Challenge of Protecting North Korean Refugees in China*. Washington, DC: Refugees International
- Frank, Rüdiger (2005): Nordkoreas Wirtschaft. In: T. Kern/P. Köllner (Hg.): *Südkorea und Nordkorea. Einführung in Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Frankfurt: Campus, S. 235–257

- Haggard, Stephan und Noland, Marcus (2007): *Famine in North Korea. Markets, Aid, and Reform*. New York: Columbia University
- Kim, Suk-woo (2008): North Korean Human Rights and South Korea-U.S.-Japan Relations. In: *Korea Focus* 16, 1, S. 107–121
- Maretzki, Hans (2005): Nordkoreas Außen- und Sicherheitspolitik. In: T. Kern/P. Köllner (Hg.): *Südkorea und Nordkorea. Einführung in Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*. Frankfurt: Campus, S. 258–278
- Natsios, Andrew S. (2001): *The Great North Korean Famine*. Washington, DC: US Institute of Peace